

Zum Entwurf eines Arbeitsdokuments der Basler Versammlung

Der Vorbereitungsausschuß der Europäischen Ökumenischen Versammlung „Frieden in Gerechtigkeit“ (EÖV) hat den als „erster Entwurf“ gekennzeichneten Text einer von der Versammlung zu diskutierenden und zu verabschiedenden Erklärung versandt. Wir sind aufgefordert, bis zum 1. März 1989 Stellungnahmen zu diesem Entwurf einzusenden, die bei der dann beginnenden Abfassung eines endgültigen Entwurfs berücksichtigt werden sollen. Die Redaktion der Ökumenischen Rundschau hat mich gebeten, einige Überlegungen zu einer solchen Stellungnahme anzustellen.

Der Entwurf besteht nach meinem Empfinden aus zwei wesentlich verschiedenen Teilen. Der lange erste Teil, d. h. die sechs ersten Kapitel, schildert die heutige Lage und die Aufgabe der Versammlung in theologisch-ethischer Sprache; er spricht sittliche Forderungen aus. Der kurze zweite Teil, d. h. das siebte Kapitel, stellt präzise Fragen darüber, wie sich diese Forderungen in der realen heutigen Welt verwirklichen lassen. Diese Fragen werden in dem Text ausdrücklich uns, d. h. an „Kirchen, Gemeinden, Gruppen und Einzelchristen“ gestellt. Wir sollten daher m. E. in erster Linie die Anstrengung machen, wenigstens einige dieser Fragen, soweit wir es können, zu beantworten. Soweit wir erkennen, daß wir zu dieser Antwort nicht fähig sind, wäre es ein verdienstvoller Beitrag, die Fragen als ungeklärte, aber der Klärung dringend bedürftige zu kennzeichnen.

Wir sind heute in der Bundesrepublik für diese Leistung verhältnismäßig gut vorbereitet. Das von der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen (ACK) einberufene Forum „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ hat im Oktober 1988 die „Erklärung von Stuttgart“ veröffentlicht, welche sich mehreren dieser Fragen im Detail stellt. Die ACK hat inzwischen auch eine Kurzfassung von 10 Seiten veröffentlicht. Es fragt sich, wieweit das Basler Dokument von der Stuttgarter Erklärung als einer Vorarbeit Gebrauch machen kann.

Ich erlaube mir zunächst eine grundsätzliche Bemerkung zum Format solcher Texte. Ein *langer* Text, der von einer Versammlung verabschiedet werden soll, bedarf intensiver inhaltlicher und stilistischer Arbeit, wenn er die Wirkung, die er beansprucht, verdienen soll. Als ich 1985 gebeten wurde, mich an einem Aufruf für ein Konzil des Friedens zu beteiligen, nahm ich mit naiver Selbstverständlichkeit an, das Konzil solle monatelang versammelt bleiben. Das Zweite Vatikanische Konzil war in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren jeweils länger als einen Monat voll versammelt; und dazwischen arbeitete das Sekretariat ständig weiter. Vielleicht führen die sehr kurzen Versammlungen, die jetzt ins Auge gefaßt sind, Basel und Seoul, zur Erkenntnis, daß noch ein Prozeß von ähnlicher Intensität nötig sein wird.

Man sollte daher vielleicht der Basler Versammlung zwei, wenn nicht gar drei in der Länge und Zielsetzung ganz verschiedene Texte zur Veröffentlichung vorschlagen. Ein langer Text, so sorgfältig vorbereitet, wie es in den verbleibenden Monaten möglich ist, könnte, als durchbeurteilter Fragenkatalog zur Weiterarbeit, an die Europäischen Kirchen und an die Weltversammlung von Seoul gesandt werden; natürlich der Öffentlichkeit zugänglich, aber nicht mit dem Pathos der Großen

Kundmachung. Eine sehr viel kürzere Erklärung könnte der Öffentlichkeit mitteilen, worum es geht. Eine echte Aufforderung an Christen und Welt zur Handlung wäre am wirksamsten, wenn sie nur wenige, vielleicht allenfalls zehn Seiten umfaßte.

In meinem jetzigen Beitrag mache ich nur noch einige Bemerkungen zu den Fragen des siebten Kapitels.

Es ist das große Verdienst dieser Fragen, uns über das bloße Erheben moralischer Forderungen hinauszunötigen zum Nachdenken darüber, wie wir mit unseren Mitmenschen denn diese Forderungen konkret erfüllen können. Ich greife zu jedem der drei Themen Gerechtigkeit, Frieden, Schöpfung wenige Stichworte heraus.

Zur *Gerechtigkeit* die Themen Schuldenkrise, Menschenrechte, Weltwirtschaftssystem. Zur *Schuldenkrise* enthält die Stuttgarter Erklärung einige recht konkrete Überlegungen, auf die, als Ausgangspunkt für weiteres, hier nur hingewiesen sei. Die Aufzählung der internationalen Abkommen über *Menschenrechte* im 7. Kapitel des Entwurfs fordert die Christen auf, sich an diesem Anliegen unserer Zeit mit aller Kraft und mit konkretem Einsatz zu beteiligen; dies sollten wir entschieden unterstützen.

Schwieriger steht es mit dem Begriff des *Weltwirtschaftssystems*. Im 4. Kapitel nennt der Entwurf als eine „Struktur der Sünde“ „die ungleiche Verteilung des Reichtums in einem Weltwirtschaftssystem, das Reichtum für eine Minderheit schafft und das Leben von Hunderten von Millionen Menschen bedroht“. Die Stuttgarter Erklärung sagt (2.23): „Deshalb ist eine Änderung dieses Weltwirtschaftssystems unbedingt notwendig. Ziel muß sein, die Vorteile des freien Austausches zu verbinden mit internationalen Vereinbarungen zum Schutz der schwächeren Partner und zur gemeinsamen Entwicklung ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten.“ Hier ist auf die Frage der konkreten Schritte wenigstens hingewiesen. Es wird einer Kirchenversammlung, deren Teilnehmer teils aus kapitalistischen, teils aus sozialistischen Ländern kommen, vorerst nicht möglich sein, den politischen Gegensatz beider Ideologien aufzulösen. Ich erlaube mir, hierzu meine persönliche Auffassung des Sachproblems anzudeuten. Wie schon Marx wußte, ist das Marktsystem erfolgreicher in der Schaffung von Produktivkräften als jede von einem staatlichen Plan gelenkte Wirtschaft. Der Markt erzeugt Güter, aber er verteilt sie nicht gleichmäßig. Die in der Tradition der katholischen Soziallehre argumentierende päpstliche Enzyklika „*Sollicitudo Rei Socialis*“ verdient hier unser aller Beachtung. Es widerspricht der sittlichen Natur des Menschen, wenn er nur an seinem ökonomischen Interesse oder am Gehorsam gegen einen obrigkeitlichen Plan angesprochen wird. Er bedarf der Nächstenliebe. Freilich ist mit diesem Appell das politische Problem noch nicht gelöst. Eine Verbesserung der sozialen Zustände konnte in kapitalistischen Nationalstaaten auf demokratischem, rechtsstaatlichem Wege eingeleitet werden. Dem Weltmarkt fehlt der Rahmen einer friedlichen, rechtsstaatlich bindenden Ordnung. Sie zu schaffen wäre die entscheidende Aufgabe.

So werden wir von selbst zum Thema *Frieden* geführt. Die Stuttgarter Erklärung argumentiert in den Themen Gerechtigkeit und Schöpfung vorwiegend von moralischen Forderungen aus; im Thema Frieden erwägt sie sehr sorgsam das heute Ausführbare. Sie spricht aber, ebenso wie der Basler Entwurf, die grundsätzliche Forderung aus, die Institution des Krieges müsse überwunden werden. Dies als konkretes politisches Ziel anzusehen, hätte noch vor wenigen Jahrzehnten keine der Groß-

kirchen gewagt. Die Lehre vom „gerechten Krieg“, d. h. die Forderung, Kriegsführung auf gerechte Ziele und gerechte Mittel einzuschränken, war die in den Kirchen herrschende ehrwürdige moralische Doktrin; auch sie konnte selten genug real durchgesetzt werden. Die moderne Technik, am erschreckendsten die Atom-bombe, hat begonnen, die Menschheit zu belehren, daß die Institution des Krieges selbst auf die Dauer mit unserem Überleben nicht vereinbar ist. Dies erinnert uns daran, daß auch die alttestamentliche Prophetie und die Reden Jesu viel mehr als die Einschränkung auf den gerechten Krieg gefordert haben.

Real ist aber die Institution des Krieges heute nicht überwunden. Seit 1945 ist kein Krieg geführt worden, der hätte nuklear werden können. Das ist die positive Wirkung der „nuklearen Abschreckung“ – günstigenfalls eine Atempause, bis eine echte politische Lösung gefunden wird. Moralisch kann die Ausführung der nuklearen Drohung nicht gerechtfertigt werden; wo aber bleibt dann die Rechtfertigung und die Glaubwürdigkeit der bloßen Drohung? Der Hirtenbrief der amerikanischen katholischen Bischöfe von 1983 spricht das klar aus.

Völlig ungelöst ist das Problem der nichtnuklearen Kriege im Süden. In der Schaffung einer gerechteren, friedlichen Weltordnung liegt auch ein vitales Interesse des in Basel direkt vertretenen Europa; Europa wird nicht auf die Dauer eine friedliche Insel in einer friedlosen Welt sein.

Man muß also die konkreten Schritte studieren und fordern: nichtangriffsfähige Verteidigung, Verbot der Rüstungsexporte, und eben Weltwirtschaftsordnung.

Das Thema *Bewahrung der Schöpfung* verlangt konkret im reichen Teil Europas eine sparsamere Lebensführung; weltweit ein Ende des Bevölkerungswachstums; schonende (nicht „billige“, wie es im Entwurf heißt) Energieformen. Hier ist sehr viel Expertise nötig. Das Verbrennen fossiler Brennstoffe muß drastisch eingeschränkt werden, wenn eine Klimakatastrophe (Treibhauseffekt durch CO₂) noch abgewendet werden soll. Wie erreicht man dies politisch? Kernenergie ist in einer Welt, die den Krieg nicht überwunden hat, eine Gefahr.

Zum Schluß eine allgemeine Bemerkung. Man hört sagen, die Welt werde nicht zuhören, wenn Christen solche Forderungen stellen. Zwei Bedingungen müssen erfüllt sein, wenn man sich glaubwürdig äußern soll: Man muß selber tun, was man fordert; und es muß aus der Äußerung erkennbar sein, daß der Sprechende die Sache versteht, von der er spricht. Beide sind harte Anforderungen. Aber es geht nicht an, die Schuld für die Mißstände einseitig den Politikern zuzuschieben. Politiker sind nicht weniger intelligent und nicht weniger seriös als die Mehrzahl ihrer Wähler. Deshalb ist es wichtig, die öffentliche Meinung zu erziehen.

Carl Friedrich von Weizsäcker